



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

29. Sitzung vom 16. Januar 2012

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Christian Schaub

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: R. Moll, P. Scaioli

Präsident:

Protokoll:

Christian Schaub

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten

Christian Schaub begrüsst die Ratsmitglieder und die anwesenden Anwohner zur ausserordentlichen Sitzung.

Absenzen:

Für die heutige Sitzung haben sich Patrizia Scaioli und Roger Moll abgemeldet.

Neu eingereichte Vorstösse:

- Motion R. Bänziger, Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters

216

Traktandenliste:**Gesch. Nr.**

1. Genehmigung des Protokolls vom 16.1.2012:
2. Bericht der GRPK vom 19.10.2011:
Bericht der GRPK zur Inspektion der Gemeinde- und Schulbibliothek 212
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:
Motion SP: Kommunale Reklameregulierung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 161
Geschäftskreisführung: Charles Simon
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011:
**Postulat Christoph Anliker, SVP: Wie weiter mit den Binninger Gemeinde-
finanzen unter dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2):
Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung** 174
Geschäftskreisführung: Mike Keller
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011:
**Interpellation Katrin Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und
Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker** 176
Geschäftskreisführung: Mike Keller
6. Bericht des Gemeinderats vom 6.9.2011:
**Interpellation Urs Brunner, SVP: Wohnsitznahme der Kaderangestellten der
Gemeinde Binningen** 179
Geschäftskreisführung: Charles Simon
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:
**Motion SP: Anpassung kinder- und jugendpolitisches Konzept: Stellungnahme
des Gemeinderats betreffend Überweisung** 173
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011:
**Postulat Katrin Bartels, CVP: Erstellung einer Planungsgrundlage für die Leis-
tungen der Gemeinde zu Gunsten von privaten Initiativen: Stellungnahme des
Gemeinderats betreffend Überweisung** 175
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011:
**Motion Roy Ewald, SVP: für die Einführung energiesparender LED-Strassen-
beleuchtung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung** 178
Geschäftskreisführung: Charles Simon
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:
**Motion Urs-Peter Moos, SVP: für eine unabhängige Gemeindepolizei:
Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung** 189
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:
**Motion Urs-Peter Moos, SVP: Mehr Stellenprozente für den Binninger Bannwart:
Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung** 190
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011:
**Motion Grüne/EVP: Budget Einwohnerrat: Stellungnahme des Gemeinderats
betreffend Überweisung** 183
Geschäftskreisführung: Mike Keller
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011:
Interpellation Katrin Bartels, CVP: Budget-/Rechnungsvergleich der Binninger Steuereinnahmen
187
Geschäftskreisführung: Mike Keller

14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Motion SP: Gemeindeerlasse nur noch in elektronischer Form: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 196
Geschäftskreisführung: Charles Simon
15. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Motion Roy Ewald, SVP: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 198
Geschäftskreisführung: Charles Simon
16. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:
Postulat Katrin Bartels, CVP: Fit für Expats: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 200
Geschäftskreisführung: Charles Simon
17. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Motion Grüne/EVP: Aufwertung des Werkhofs Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 181
Geschäftskreisführung: Agathe Schuler
18. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Interpellation Grüne/EVP: Förderung umweltverträglicher Verkehr 182
Geschäftskreisführung: Charles Simon
19. Diversa

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember 2011 wird genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 212

Bericht der GRPK vom 19.10.2011:

Bericht der GRPK zur Inspektion der Gemeinde- und Schulbibliothek

SP, Vreni Dubi: Die GRPK schaut sich regelmässig Institutionen an, auch wenn kein aktueller Anlass vorliegt. Jede Subko hat den Auftrag, hie und da etwas aus ihrer Produktegruppe genauer unter die Lupe zu nehmen, um es besser kennenzulernen. Die Subko 3 hat sich also der Gemeinde- und Schulbibliothek angenommen. Sie ist eine der Institutionen, die die Gemeinde freiwillig unterstützt. Die Bibliothek ist als Verein organisiert, mit dem die Gemeinde eine Leistungsvereinbarung getroffen hat. Der Verein wird jährlich mit CHF 155 000 unterstützt, wovon CHF 25 000 spezifisch für die Schulbibliothek eingesetzt werden. Für diesen Bericht wurde zum ersten Mal eine (beinahe) Vollkostenrechnung gemacht. Es wurden Miet-, Neben- und Reinigungskosten aufgeführt, sowie der Aufwand für die Verwaltung beziffert. Auf Wunsch der GRPK soll dies künftig bei allen Berichten so gehandhabt werden.

Die Binninger Bibliothek funktioniert bestens. Sie wird von einem sechsköpfigen Vorstand geführt, der ehrenamtlich arbeitet. Heutzutage hat das Personal eine Ausbildung und wird entlohnt. Die Leiterin (50 Stellenprozent) und ihr Stellvertreter (30 Stellenprozent) besitzen beide einen Hochschul- oder Fachabschluss. Die restlichen fünf Mitarbeitenden teilen sich insgesamt 105 Stellenprozent, sind im Stundenlohn angestellt und haben eine SAB-Ausbildung (Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen Bibliotheken). Die kleinen Pensen der Mitarbeitenden gaben in der GRPK zu reden, doch wurde festgestellt, dass das Personal gegenüber früher erheblich reduziert wurde. Da die Ansprüche an die Bibliothek gestiegen sind und mit der Einführung der EDV die Arbeit anspruchsvoller wurde, ist mittlerweile eine Ausbildung notwendig.

Momentan gibt es rund 1600 Abo-Benützerinnen und –Benutzer, wobei bei Familienabos mehrere Personen Medien ausleihen. Die Tendenz ist leicht steigend. Das Bibliothekspersonal versucht mit attraktiven Veranstaltungen die Mitgliederzahl zu erhöhen.

Die GRPK hat den Eindruck, dass Binningen eine sehr gut bestückte, engagiert geführte Bibliothek hat. Der Vorstand bemüht sich, mit den Subventionen haushälterisch umzugehen.

CVP, Silvia Bräutigam bedankt sich im Namen der Fraktion für den interessanten und ausführlichen Bericht und weist auf die Bedeutung des Lesens als Ausgleich hin. Die Bibliothek leistet einen wichtigen Beitrag vor allem für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene. Die CVP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden für ihr Engagement. Sie wird sich weiterhin für Gemeindesubventionen für diese Institution einsetzen.

SP, Erika Bättig: Der Bericht ist sehr aufschlussreich und die Fraktion möchte dazu noch zwei Anregungen machen: Sie nimmt die Gelegenheit wahr und spricht die Löhne der Mitarbeitenden an. Die Angestellten erfüllen die Richtlinien der SAB und sollten somit auch den von der SAB empfohlenen Stundenlohn erhalten. Die Verantwortlichen werden aufgefordert, die Löhne sukzessive anzupassen.

Zweitens: Der Bericht bezieht sich auf Ausleihzahlen, doch wird heutzutage die Leistungsstärke einer Schul- und Gemeindebibliothek auch über die Frequentierung definiert. Reine Ausleihzahlen sind für Bibliothekare relevant und interessant, doch für die Öffentlichkeit und die Politik sind Besucherzahlen besser vergleichbar. Mit einem Türöffnungszähler werden auch Personen, die zum Zeitungslesen oder für den Internetgebrauch kommen, als Benutzer in die Statistik aufgenommen. Die SP möchte die Verantwortlichen dazu motivieren, einen Zähler zu installieren.

Eine derart gut funktionierende und anregende Bibliothek zu haben ist eine Kostbarkeit für alle Generationen der Gemeinde Binningen und man dankt allen, die sich seit Jahren dafür einsetzen und es auch weiterhin tun werden.

Jürg Humbel, FDP: Man hat den Bericht mit Interesse zur Kenntnis genommen und bedankt sich bei den Bibliotheksmitarbeitenden und –verantwortlichen. Als besonders positiv ist hervorzuheben, dass die Zusammenarbeit mit anderen Gremien gesucht wird (Punkt 5.3.).

Die SAB-Ausbildung ist in der heutigen Zeit sicher nötig, doch fragt sich der Redner, ob sie wirklich für sämtliche Angestellte/Arbeitsbereiche unabdingbar ist.

Zum Thema Finanzierung regt die Partei an, nach Sponsoren zu suchen oder zu prüfen, ob es eventuell Legate mit entsprechendem Legatszweck gibt.

Weiter fände man es angebracht, von Zeit zu Zeit eine Umfrage zu den Öffnungszeiten bei den Benutzer/-innen durchzuführen um herauszufinden, wie zufrieden sie damit sind. Dass die Bibliothek ausgerechnet während der Schulferien, wenn viele Zeit zum Lesen haben, geschlossen ist, ist etwas fragwürdig. Nichtsdestotrotz findet es die FDP-Fraktion erfreulich, dass Binningen eine so tolle Bibliothek hat.

Christoph Anliker, SVP, bedankt sich für die Arbeit der Bibliotheksangestellten. Er kennt das umfangreiche Angebot aus eigener Erfahrung und findet die Entwicklung von der Freiwilligenarbeit hin zu Führungskräften mit Masterabschluss bemerkenswert. Seine Partei empfindet es als Wermutstropfen, dass nur etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler diese Bibliothek nutzen. Bereits an der Budgetsitzung im Jahr 2009 hat die SVP-Fraktion vorgeschlagen, dass das Leistungsziel erhöht wird, doch wurde der Antrag damals abgelehnt. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und man wünscht sich im angesprochenen Punkt eine Verbesserung.

Grüne/EVP, Anand Jagtap: Es wurde bereits alles gesagt und es bleibt nur, auch im Namen seiner Fraktion, für den Bericht zu danken. Dieser zeigt, dass die Schul- und Gemeindebibliothek eine wichtige Institution ist und man ist der Meinung, dass sie sich Binningen durchaus leisten kann (siehe Fragestellung am Schluss des Berichts).

SVP, Urs-Peter Moos möchte zwei Punkte hervorheben: Man begrüsst es ausserordentlich, dass auch die versteckten Kosten dargelegt werden und man ein Gesamtbild erhält. Wenn man nun den Gesamtbetrag der Subventionen auf die Mitglieder (ausgenommen Schüler/-innen) umrechnet, sieht man, dass die Gemeinde Binningen jedes Bibliotheksmitglied mit rund CHF 200 unterstützt.

Zur Bemerkung von U.-P. Moos, dass alle Kosten auf dem Tisch sind, meint *Katrin Bartels, CVP,* dass der Vorstand eigentlich noch auflisten müsste, wie viel an unbezahlten Sitzungsgeldern eingesetzt würde.

Vreni Dubi, SP, berichtigt die Aussage von Jürg Humbel betreffend Öffnungszeiten während der Schulferien: Tatsächlich ist die Bibliothek nur während der Fasnachtswoche und zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen. Ansonsten ist während der Ferien geöffnet (reduziert).

:// Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 161

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Motion SP: Kommunale Reklameregulung

Eintreten:

Patricia Kaiser, SP: Der Gemeinderat verzichtet auf ein Reklamereglement im Sinne der Werbefreiheit. Wahl- und Abstimmungsplakate sind allerdings ein Teil der politischen Rechte, werden also

durch § 34 der Bundesverfassung erfasst und nicht durch § 27 (Werbefreiheit). Weiter wird ausgeführt, dass es den Parteien aus wirtschaftlichen Gründen nicht zumutbar ist, die unterschiedlichen Regelungen der verschiedenen Gemeinden zu beachten. Für die Parteien wäre aber eine restriktivere Regelung eher ein finanzielles Entgegenkommen, weil momentan ein „Wettrüsten“ herrscht: Wer kann mehr Plakate an attraktiveren Standorten platzieren? Wenn die erlaubte Anzahl Plakate beschränkt würde, könnte man Geld sparen.

Im Rahmen der Regierungsratswahlen haben sich im März letzten Jahres viele Leute lauthals über den Plakatwald geärgert. Im September meldete die BaZ, dass für die nationalen Wahlen vier bis fünf Mal mehr Plakate ausgehängt sind und es wurde bereits in etlichen Leserbriefen darum gebeten, aus Gründen der Verkehrssicherheit den Blätterwald zurückzuschneiden. Offenbar genügen also die kantonale Verordnung und das Merkblatt nicht.

Obwohl eine kantonale Regelung zu begrüssen wäre und eine entsprechende Motion eingereicht wurde, zieht die SP ihren Antrag nicht zurück. Einerseits, weil er seit Mail hängig ist und andererseits, weil das Anliegen auf kantonaler Ebene eventuell abgelehnt wird. In anderen Gemeindeangelegenheiten scheut sich Binningen auch nicht, die Gemeindeautonomie wahrzunehmen.

SVP, Urs Brunner: Zusätzlich zur kantonalen Verordnung und dem Merkblatt der Gemeinde gibt es Auflagen im Strassenverkehrsgesetz und in der Signalisationsverordnung, die das Aufstellen von Plakaten einschränken. Es muss also nicht noch mehr reglementiert werden. Die Werbe- und Meinungsäusserungsfreiheit müssen garantiert sein. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab und folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Anand Jagtap, Grüne/EVP, bedankt sich beim Gemeinderat für die hervorragende Stellungnahme zur vorliegenden Motion. Diese nimmt die für seine Partei wichtigsten Punkte vorweg: Es besteht kein akuter Handlungsbedarf, die Sicherheit und Ordnung ist in Binningen jederzeit gewährleistet. Die aktuelle kantonale Verordnung und das kantonale Merkblatt sind ausreichend, pragmatisch und haben sich bewährt.

Die Plakatierung ist für die kantonalen Parteien heute schon eine halbe Wissenschaft – die Wissenschaft der 86 unterschiedlichen Gemeinderegulungen. Wer sie nicht alle kennt, muss seine Plakate unter Umständen im Gemeindemagazin wieder abholen und eine Busse bezahlen. Vielleicht würde es Sinn machen, kantonale den Zeitpunkt der Plakatierung zu bestimmen. Ein entsprechender Vorstoss wurde vom Landrat am 17. November 2011 überwiesen. Die Grüne/EVP will deshalb keine kommunalen Sonderlösungen und ist gegen die Überweisung der SP-Motion.

Pascal Treuthardt: Die FDP-Fraktion ist gegen neue Reglemente. Der Plakatwald alle vier Jahre mag störend sein, doch die Reklamationen, die dem Redner zu Ohren gekommen sind, betrafen nicht die Anzahl oder die Aufstellung der Plakate, sondern deren Inhalt. Fakt ist doch, dass man bereits mit dem bestehenden Merkblatt überfordert ist. Die Fraktion plädiert für etwas mehr gesunden Menschenverstand und ein verbessertes Merkblatt, das eher der Realität entspricht. Sie folgt dem Antrag des Gemeinderats.

CVP, Silvia Bräutigam weist darauf hin, dass die Motion der CVP im Landrat überwiesen wurde und die Fraktion deshalb auf die Vorlage wartet, für die Leitplanken ausgearbeitet werden, um die Plakatflut einzudämmen. Es macht also keinen Sinn, kommunale Regelungen einzuführen, wenn in Kürze kantonale in Kraft treten.

Gemeindepräsident Charles Simon hat Verständnis für das Anliegen der SP-Fraktion. Auch er weist auf die hängige Motion im Landrat hin und findet eine kantonale Lösung am besten.

Abstimmung Antrag SP: Überweisung der Motion:

27 Nein, 9 Ja, 1 Enthaltung

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 174

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011:

Postulat Ch. Anliker, SVP: Wie weiter mit den Binninger Gemeindefinanzen unter dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2)

Eintreten:

SVP, Christoph Anliker freut sich, dass der Gemeinderat sein Postulat überweisen lassen will, doch sieht er nicht ein, weshalb es abgeschrieben werden soll, weil noch keine Unterlagen vorliegen. Für ihn ist es wichtig, trotzdem immer wieder auf dem Laufenden gehalten zu werden. Das Thema ist ja nicht nur für die GRPK, sondern auch für den Einwohnerrat relevant, da es in Rechnungs- oder Budgetdiskussionen stets wieder zur Sprache kommt. Christoph Anliker ist der Meinung, dass diese Informationen allen zugänglich gemacht werden sollen, auch den Binninger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Er stellt den Antrag auf Überweisung und nicht Abschreiben des Postulats.

Peter Heiz, FDP: Für seine Fraktion ist die Stellungnahme des Gemeinderats überzeugend und sie folgt seinem Antrag auf Überweisung und Abschreibung.

Anand Jagtap: Die Grüne/EVP ist der Ansicht, dass man dem Gemeinderat, insbesondere Mike Keller, das Vertrauen schenken kann. Es braucht kein regelmässiges Reporting, das Geld und Zeit kostet. Man erwartet den frühzeitigen Einbezug der GRPK und des Einwohnerrats, so wie es der Gemeinderat in seinem Bericht in Aussicht stellt. Die Grüne/EVP folgt dem Antrag des Gemeinderats.

SP, Vreni Dubi: Ihre Fraktion schliesst sich den Voten der FDP und der Grüne/EVP an. Auch sie findet es unnötig, vier Mal pro Jahr über etwas, das unklar und in der Schwebe ist, informiert zu werden. Für den Fall, dass etwas wirklich Dringliches ansteht, gibt es die Möglichkeit, eine Anfrage einzureichen.

CVP, Silvia Bräutigam: Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

SVP, Christoph Anliker fragt, ob die Ratsmitglieder ihre Meinung ändern, wenn anstatt quartalsweise nur pro Semester, sprich bei Budget- und Rechnungssitzungen, ein kurzer Bericht verlangt wird.

Urs-Peter Moos, SVP hat festgestellt, dass dieses Thema auch andere Parteien beschäftigt und plädiert für eine Unterstützung des Kompromissvorschlags seines Parteikollegen.

Peter Heiz: Für die FDP ändert sich nichts.

Vreni Dubi, SP: Ihrer Meinung nach wird beim Budget und der Rechnung bereits jetzt jeweils ein kurzer Kommentar abgegeben und sie vertraut darauf, dass dieser Kommentar etwas ausführlicher gestaltet wird, wenn man den Gemeinderat darum bittet.

Abstimmung Überweisung des Postulats:

Einstimmig.

Abstimmung Abschreibung des Postulats:

(mittlerweile sind 38 Ratsmitglieder anwesend)

29 Ja, 9 Nein

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 176

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011:

Interpellation K. Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker

Frage 1: Wer führt für das Projekt Alters- und Pflegeheim Schlossacker die Bauabrechnung umfassend den Kredit, allfällige Nachtragskredite, Werkverträge/Vergaben, Rechnungen/Zahlungen?

Gemeinderat Mike Keller:

Das sind laut Vertrag Aufgaben des Architekten. Dieser hat Unterstützung durch das Ingenieurbüro.

Frage 2: Wer ist im Projekt Alters- und Pflegeheim extern und intern für die Kostenkontrolle zuständig?

Gemeinderat Mike Keller:

Es wurde ein spezielles Büro mit der Kostenüberwachung beauftragt. Das begann mit dem Kostenvoranschlag und geht jetzt mit der Überwachung und Prüfung von Offerten, Rechnungen, Abrechnungen etc. weiter. Mike Keller weist darauf hin, dass die Gemeinde nicht Bauherr, sondern nur Partner des Projekts ist. Die Stiftung Alters- und Pflegeheim ist Bauherr.

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 179

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Interpellation U. Brunner, SVP: Wohnsitznahme der Kaderangestellten der Gemeinde Binningen

Frage 1: Ist der Wohnsitz ein Kriterium bei der Stellenvergabe an Kaderleute in der Gemeinde Binningen?

Gemeindepräsident Charles Simon:

Nein.

Frage 2: Was wird unternommen, um Anreize zur Wohnsitznahme in Binningen für heutige und künftige Kaderleute zu schaffen?

Ch. S.:

Bisher hat der Gemeinderat keine Anstrengungen in dieser Hinsicht gemacht. Gemäss heutiger Personalpolitik wird bei einer Neuanstellung dem Faktor Wohnsitz kein Gewicht gegeben; die Person qualifiziert sich über ihr Können, ihren beruflichen Werdegang und ihre Persönlichkeit.

Frage 3: Was wird unternommen, um möglichen Interessenkonflikten von Kaderleuten, die nicht in Binningen wohnen, vorzubeugen?

Ch. S.:

- Gemäss § 16 der Binner Gemeindeordnung (GO) gilt die Ausstandspflicht für Behördenmitglieder und Mitarbeitende bei Geschäften, die sie unmittelbar betreffen.
- Die Ausstandspflicht gilt für Vorbereitung, Beratung und Beschlussfassung.
- Unmittelbarkeit bedeutet: Persönlicher Nutzen muss bei betreffender Person vorliegen.

Der Gemeinderat hatte bisher keinen Fall, wo Zweifel aufkamen, ob Kaderangestellte aus von ihnen behandelten Geschäften einen persönlichen Nutzen ziehen, speziell ihren Wohnsitz betreffend. Selbstverständlich wird der Gemeinderat auch diesem Aspekt sensibilisiert Rechnung tragen und reagieren, wenn die Möglichkeit auftritt, dass ein/e Kadermitarbeitende/r, welche/r mit einer Geschäftsvorbereitung beauftragt ist, davon einen persönlichen Nutzen haben könnte. Die entsprechende Person müsste dann vom Geschäft abgezogen werden.

Zudem gilt eine allgemeine Treuepflicht für das Verwaltungspersonal, die nach überwiegender Verwaltungsrechtslehre auch ohne ausdrückliche Gesetzesvorschrift besteht. Die allgemeine Treuepflicht bedeutet, dass die Angestellten gehalten sind, alles zu tun, was die Interessen des Gemeinwesens fördert, und alles zu unterlassen, was sie beeinträchtigt. Sie ist eine Interessenwahrungspflicht, die gewissen Verhaltensweisen, nicht aber eine bestimmte Gesinnung untersagt. Die Einforderung dieser Treuepflicht erfolgt unabhängig davon, wo der/die Mitarbeitende wohnt, sondern ist an sein/ihr Verhalten geknüpft.

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 173

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:

Motion SP: Anpassung kinder- und jugendpolitisches Konzept

Eintreten:

Erika Bättig, SP: Aus dem Protokoll der Koordinationskonferenz für Kinder- und Jugendfragen vom 7.11.2011 geht deutlich hervor, dass das Konzept überarbeitet werden muss. Die Forderungen sollen aktualisiert und konkretisiert werden. Folgende Anpassungen sind der Fraktion wichtig:

1. Die vielen bestehenden Angebote für Jugendliche sind graphisch darzustellen und nach Altersgruppen sichtbar zu machen.
2. Der Text ist zu konkretisieren und mit den seit 1999 entstandenen Angeboten zu ergänzen.
3. Das überarbeitete Konzept muss die Jugendlichen in Form und Sprache direkt ansprechen.
4. Es soll auf der Homepage der Gemeinde aufgeschaltet werden.

Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, nicht zu, weil sie den Gemeinderat dazu verpflichten will, die gestellten Forderungen vollumfänglich umzusetzen.

Der Motionstext wurde unter Punkt 2 verbindlicher formuliert. Anstatt „Es ist zu prüfen....“ Heisst es neu „Geeignete Massnahmen unterstützen die formulierten Ziele. Die Massnahmen sollen sich nicht in einer Sammlung von bestehenden Angeboten erschöpfen, sondern auch in die Zukunft schauen und Neues anstossen.“

Susanna Keller, SVP: Da auf einem Konzept aufgebaut werden soll, erstaunt die Fraktion, dass das kinder- und jugendpolitische seit 1999 nicht mehr aktualisiert wurde. In der Einleitung des Konzepts wird festgehalten, dass es die vielfältigen Aufgaben der Verwaltung, der Politik und der Öffentlichkeit koordinieren soll. Doch insbesondere in den Kapiteln „Ziel“ und „Massnahmen“ empfindet man es als sehr theoretisch und wenig praxisbezogen. Es ist nicht spürbar, wen das Konzept ansprechen soll. Die SVP unterstützt die Forderung der SP für die Überarbeitung des Konzepts, das danach in erster Linie die Jugendlichen anspricht. Es soll öffentlich zugänglich sein, also auch über die Website. Man wünscht sich praxisbezogene Informationen, zum Beispiel Links zu den verschiedenen Angeboten für Freizeit, Betreuung und Bildung. Die SVP steht hinter der Jugend und will sie unter Anderem mit einem ansprechend und interessant gestalteten Konzept abholen. Die Fraktion unterstützt die Motion und ist gegen die Umwandlung in ein Postulat.

FDP, Sven Inäbnit: Die Fraktion hat Sympathien für das Anliegen, nicht zuletzt, weil dieser Vorstoss einer der sinnvollen ist unter den vielen, die in letzter Zeit eingereicht wurden. Seit der Entstehung des Konzepts vor zwölf Jahren ist gesellschaftlich viel passiert. Man begrüsst es, wenn das Konzept von seinem Mauerblümchendasein erlöst und es überarbeitet wird. Es ist für die Zukunft, für die Jugend. Vor allem Punkt 2 ist unterstützungswürdig, denn bis anhin fehlen Ideen und Visionen betreffend der Angebote für die Binninger Jugend. Es sollen auf Gemeindeebene identitäts- und sinnstiftende Angebote generiert werden, was nicht als Konkurrenz zur Stadt verstanden werden soll.

Unter Punkt 1 der Motion wünscht die FDP, dass es eine klare Trennung zwischen einem jugendpolitischen- und einem Betreuungskonzept gibt. Ein Betreuungskonzept regelt in erster Linie die Bedürfnisse der Eltern. Ein jugendpolitisches Konzept soll konkret auf die Bedürfnisse der Jugendlichen und die dazugehörenden Rahmenbedingungen eingehen. Weiter möchte die Partei eine breit abgestützte Diskussion, die auch die Politik und nicht nur die Anbieter, Nutzer und allenfalls die Verwaltung einbezieht. So soll der Stellungnahme des Gemeinderats Gewicht gegeben werden; einerseits damit die Forderungen aktualisiert werden können, andererseits, damit den Forderungen eine gesunde politische Realität gegenübergestellt wird.

Die FDP möchte die Motion in ein Postulat umwandeln und überweisen.

Grüne/EVP, Beatrice Büschlen: Nach Meinung der Fraktion reicht es nicht, das Konzept nur zu aktualisieren – das wäre nur Flickwerk. Seit seinem Bestehen wurde es nicht mehr mit Inhalt gefüllt und in der Zwischenzeit haben sich die Bedürfnisse, wie auch die Sprache der Jugendlichen verändert. Es braucht grundlegende Änderungen und ein umfassendes Facelifting. Es sollen nicht nur die Fachstellen, sondern auch die Kinder und Jugendlichen einbezogen werden. Die Forderungen der Motion sind klar und notwendig und eine Überweisung als Postulat wird als zu wenig verbindlich erachtet. Die Grüne/EVP begrüsst die Umformulierung von Punkt 2.

Andrea Alt: Auch die CVP-Fraktion unterstützt eine Überweisung als Motion, denn sie ist der Meinung, dass das Konzept genau angeschaut werden muss und gewisse Anpassungen im Sinne der SP-Vorschläge gemacht werden sollen.

Nachdem die Motionärin an der Motion festhält, gibt auch die FDP ihr Einverständnis zur Überweisung.

Abstimmung Überweisung der Motion:

36 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung

**:// Die Motion wird mit geändertem Wortlaut an den Gemeinderat überwiesen:
Ziffer 2 lautet neu wie folgt: „Geeignete Massnahmen unterstützen die formulierten Ziele. Die Massnahmen sollen sich nicht in deiner Sammlung von bestehenden Angeboten erschöpfen, sondern auch in die Zukunft schauen und Neues anstossen.“**

Traktandum 8

Gesch. Nr. 175

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011:

Postulat Katrin Bartels, CVP: Erstellung einer Planungsgrundlage für die Leistungen der Gemeinde zu Gunsten von privaten Initiativen

Eintreten:

Peter Buess: Die *Grüne/EVP* findet es positiv, wenn Freiwilligenarbeit wahrgenommen und auch gewürdigt wird. Sie meint, der Vorstoss, in der vorgeschlagenen Weise Daten zu sammeln, schiesse jedoch über das Ziel hinaus. Ausserdem generiere diese Forderung sehr viel Arbeit für den (neuen) Gemeinderat und ist punkto Datenschutz fragwürdig. Ehrenamtlich tätige Personen sollen nicht durch eine unnötige Erfassung von persönlichen Daten blossgestellt werden. Die Fraktion ist gegen eine Überweisung.

Urs Weber, SVP: Für seine Fraktion ist Sinn und Zweck dieses Postulats nicht ersichtlich und auch sie wird es nicht überweisen.

FDP, Markus Ziegler sieht es ähnlich. Man hat nicht den Eindruck, dass es auf der Verwaltung Kapazitäten gibt, um immer noch mehr zu bewältigen. Die Erstellung einer derartigen Datenbank – abgesehen von der Abgrenzungsthematik – ist das Eine, die Pflege der Daten das Andere. Ein anderer Punkt, der nicht unterschätzt werden darf, ist die Monetarisierung der Freiwilligenarbeit. Dieses Thema ist heikel. Die Freiwilligenarbeit ist in unserer Gesellschaft sehr wichtig und eine Monetarisierung birgt die Gefahr, Leute anzuziehen, die für ihre Arbeit Geld verlangen. Die Fraktion warnt vor der Verdrängung der Freiwilligenarbeit durch professionelle Arbeit und lehnt die Überweisung des Postulats ab.

CVP, Katrin Bartels erinnert daran, dass im Einwohnerrat zum Beispiel bei der Schwinggrube diskutiert wurde, wer oder wie viele denn davon profitieren, wenn es anstelle der Schwinggrube einen Mittagstisch gibt. Beim Geschäft Sportplatz Spiegelfeld fragte man sich, wie viel denn bereits in den Sportclub investiert wurde und ob nicht auch einmal andere Vereine profitieren sollen. Solange die Daten nicht erhoben sind, besteht die Gefahr, dass vor allem diejenigen profitieren, die am lautes-ten schreien am meisten Sympathien oder Vitamin B haben. Die Rednerin würde es begrüssen, wenn der Rat auf Fakten basierend entscheiden könnte.

Abstimmung Nichtüberweisung des Postulats:

27 Ja, 5 Nein, 6 Enthaltungen

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 178

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011:

Motion Roy Ewald, SVP: für die Einführung energiesparender LED-Strassenbeleuchtung

SVP, Roy Ewald hat bei der Überprüfung des Berichts an den Einwohnerrat festgestellt, dass der Gemeinderat einer Einführung von energiesparender LED-Strassenbeleuchtung wohlgesinnt ist. Er will sie allerdings nur bei grösseren Änderungen einsetzen. Deshalb beantragt der Sprecher folgende Änderung des Motionstextes: „Der Gemeinderat wird beauftragt, bei grossflächigen und zusammenhängenden Erneuerungen der Weg- und Strassenbeleuchtung die energiesparenden LED-Beleuchtungskörper einzusetzen.“ Roy Ewald führt noch zwei Argumente an, die seiner Meinung nach die Überweisung der Motion rechtfertigen: 1. Der grossflächige Einsatz der LED-Leuchtkörper könnte den Stromverbrauch nochmals um 25 % senken. 2. Diverse Baselbieter Gemeinden haben bereits durchwegs gute Erfahrungen damit gemacht.

FDP, Pascal Treuthardt: Die Fraktion fand die Motion bereits in der ursprünglichen Form absolut sinnlos und die Änderung des Motionstextes ändert nichts an dieser Meinung. Man attestiert der Verwaltung ein ökologisches Augenmass, das langfristig weit blickt. Da die Gemeinde wo immer möglich versucht, Energie zu sparen, ist es unnötig, aus der Strassenbeleuchtung ein politisches Thema zu machen. Es ist auch zu bedenken, dass jede Lampe für graue Energie sorgt und man noch nicht weiss, welche neuen Technologien noch kommen werden. Die FDP wird die Motion nicht überweisen.

Peter Buess: Die Grüne/EVP freut sich, wenn ökologische Massnahmen gefördert werden – insbesondere, wenn es ums Stromsparen geht, denn es gibt immer noch zu viele Atomkraftwerke in der Schweiz. Es wäre noch abzuklären, ob die Entsorgung der LED so problematisch ist, wie die der Leuchtstoffröhren, ansonsten ist die Fraktion für Überweisung als Motion.

Severin Brenneisen: Auch die SP-Fraktion ist dafür, dass bei Neubauten den neusten technischen Errungenschaften Rechnung getragen wird. Bei bestehenden Objekten/Strassen ist man aber auch aus ökonomischen Gründen dafür, beim Bestehenden zu bleiben. Die SP möchte, dass weiterhin der Gemeinderat, bzw. die Verwaltung die Kompetenz zur Beurteilung und Entscheidung hat.

Silvia Bräutigam: Die CVP schliesst sich dem Votum der SP an.

Nachdem der *Präsident, Christian Schaub*, den geänderten Motionstext nochmals vorliest, fragt *FDP-Mitglied Pascal Treuthardt*, ob das bedeutet, dass der Gemeinderat an diesen LED-Leuchten festhalten muss, auch wenn dereinst bessere, energiesparendere Produkte auf den Markt kommen. Das findet er extrem einschränkend.

Gemeindepräsident Charles Simon freut sich, dass der Vorredner der Verwaltung ein ökologisches Augenmass zubilligt. Es geht wirklich nicht darum, die LED's auf ewig festzuschreiben. Vielmehr soll der Verwaltung Entscheidungsspielraum gelassen werden. Wenn in ein paar Jahren weniger schädliche, ökologischere Produkte hergestellt werden, können diese eingesetzt werden.

SVP, Urs-Peter Moos weist darauf hin, dass andere Baselbieter Gemeinden in Sachen LED schon viel geleistet haben. Man sollte meinen, dass der Gemeinderat in seiner momentanen Zusammensetzung in Umweltanliegen und beim Stromsparen vorwärts macht. Die Fraktion empfindet das Argument, dass in zehn Jahren etwas Besseres auf dem Markt sein könnte, als Vorwand für eine Nicht-Überweisung. Sie kann das nicht nachvollziehen.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Auch sie versteht die Argumente des Gemeinderats nicht. In seinem Bericht an den Einwohnerrat schreibt er, dass der Einsatz von LED künftig bei grösseren Strassenbauvorhaben vorgenommen oder zumindest geprüft werden soll. Nun hat der Motionär seinen Text dieser Aussage angepasst und Rahel Bänziger findet, dass der Gemeinderat diese Motion jetzt so entgegennehmen kann.

Darauf entgegnet *Katrin Bartels, CVP*, dass der Gemeinderat zuerst prüfen will, der Motionär jedoch verlangt, dass es ungeprüft eingesetzt wird.

Thomas Hafner, CVP: Die LED-Leuchten sind ein riesiger Trend, doch reines Stromsparen ist nicht alles. Die LED-Lampen generieren viel mehr graue Energie als die Kompaktlampen. Diesem Umstand wird immer noch viel zu wenig Rechnung getragen und der Redner bittet darum, diese Motion nicht zu überweisen, denn das darf nicht so fix festgelegt werden.

Markus Ziegler, FDP: Neben der ökologischen Diskussion gibt es auch noch eine Sicherheitsdiskussion. LED hat den Nachteil, dass es starke Licht/Schatten-Kontraste gibt, was eventuell eine Auswirkung auf die Sicherheit haben kann. Der Redner plädiert dafür, dass man die Beleuchtung zuerst ausprobiert, damit dieser Aspekt überprüft werden kann.

Gemeindepräsident Charles Simon: Die LED-Technik ist noch entwicklungsfähig und es können Verbesserungen erwartet werden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird die Technologie in den nächsten Jahren auch bedeutend günstiger. Der Gemeinderat plant, die Winterhalde, die noch dieses Jahr neu gemacht wird (inkl. Leitungen und Masten), damit zu bestücken. Da diese Lampen nicht so weit streuen wie andere, müssen sie auch enger gesetzt werden, damit es keine dunklen Spots gibt. Deshalb macht es nur Sinn bei der Erneuerung einer ganzen Strasse.

Abstimmung Überweisung der Motion:

23 Nein, 13 Ja, 2 Enthaltungen

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 189

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:

Motion Urs-Peter Moos, SVP: für eine unabhängige Gemeindepolizei

Eintreten:

Peter Heiz: Die FDP-Fraktion wird die Motion nicht überweisen und sich nicht weiter darüber äussern.

Grüne/EVP, Rahel Bänziger: Ihre Fraktion denkt nicht, dass es ein Problem mit der Unabhängigkeit der Gemeindepolizei gibt. Falls es um die vermehrte Durchführung der Verkehrskontrollen in der Benkenstrasse geht, wäre der bessere Weg, den Leistungsauftrag anzupassen. Laut § 2 des Polizeireglements Binningen obliegt die Handhabung der gemeindepolizeilichen Aufgaben einzig dem Gemeinderat. Man erachtet die Motion als unnötig und lehnt eine Überweisung ab.

SVP, Urs-Peter Moos mutmasst, dass viele Einwohnerrät/-innen nicht wissen, wie es auf dieser Gemeinde abläuft. Man hat eine gut ausgebildete Chefin sowie gut ausgebildete und motivierte Gemeindepolizisten, die sehr wohl in der Lage sind, selber Schwerpunkte zu setzen. Stattdessen werden 40 Stellenprozent fremdbestimmt. Es würde genügen, wenn die Abteilung Verkehr, Strassen und Versorgung (VSV) die Polizei nur orientieren würde. Diese könnte alsdann in eigener Verantwortung Prioritäten setzen. Die SVP hält an ihrer Motion fest.

Patricia Kaiser, SP: Sie denkt, dass es nicht am Einwohnerrat ist, hier zu bestimmen, weil es eine operative Angelegenheit ist. Trotzdem ein paar Worte zum Inhalt: Man darf nicht vergessen, dass Binningen das New Public Management umsetzt, welches die wirkungsorientierte Verwaltung verkörpert. Das bedeutet, dass man das, was Binningen macht, nicht 1:1 auf andere Gemeinden umsetzen kann. Die Ausweitung der Autonomie von Verwaltungseinheiten im Rahmen der WOV erschwert die Geltendmachung der Verantwortlichkeit; somit müssen Kompensationsmöglichkeiten gefunden werden. Genau dafür gibt es Leistungsaufträge, Leistungsvereinbarungen und ein besonderes Berichtswesen/Controlling. Der Leistungsauftrag bestimmt die Art, die Menge, die Qualität und den Preis der Produkte der Verwaltungseinheiten. Im Fall des Produkts Ordnungsdienst ist die Organisationseinheit die Gemeindepolizei und die Produktverantwortung in derselben Abteilung. In anderen Fällen (z.B. Gemeindeverkehr) erbringt die Polizei gewisse Dienstleistungen für andere Organisationseinheiten (z.B. VSV). Die entsprechende, für die Produkte verantwortliche Organisationseinheit bestellt die Dienstleistungen bei der Polizei. Diese werden im Gespräch festgelegt und schriftlich festgehalten. Was nicht bereits im Leistungsauftrag steht, wird separat abgemacht. Langer Rede kurzer Sinn: Wenn Binningen als WOV-Gemeinde organisiert sein will, sind die Leistungsaufträge und –vereinbarungen nicht umgehbar. Deshalb findet die SP diese Motion unbegründet.

FDP, Markus Ziegler findet, man ist hier wieder einmal auf falscher Flughöhe (der Verwaltungsrat von Nestlé diskutiert auch nicht über den Schichtwechsel der Angestellten) und stimmt dem Antrag nicht zu.

Nichtsdestotrotz ist *Urs-Peter Moos, SVP*, überzeugt, dass die Gemeindepolizei in ihrer Tätigkeit eingeschränkt ist. Vielleicht kommt man in Zukunft zur Einsicht, dass WOV nicht das A und O ist.

Gemeinderat Bruno Gehrig: Die Gemeindepolizei soll und muss nicht unabhängig sein. Vor allem aber *darf* sie es nicht sein, denn sie ist in die Organisation der Gemeindeverwaltung eingebunden. Das Ortspolizeiwesen ist im Gemeindegesetz geregelt. Es ist der Auftrag, den die Gemeinde hat. Mit der uniformierten Gemeindepolizei hat dies nichts zu tun. Die Gemeindepolizei ist in der Abteilung EWS (Einwohnerdienste, Wirtschaftsförderung und Sicherheit) und untersteht dem Abteilungsleiter Stephan Hangartner. Der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat Leistungsaufträge. Dieser wiederum macht mit den Abteilungen der Gemeindeverwaltung Leistungsvereinbarungen. Darüber ist der Einwohnerrat stets informiert.

Was den Verkehr betrifft, erteilt einerseits der Abteilungsleiter Aufträge, andererseits fasst die Fachgruppe Verkehr Beschlüsse (z.B. Ausmass Verkehrskontrollen), die der Gemeinderat dann absegnet und die die Gemeindepolizei dann ausführt.

Bruno Gehrig versteht nicht, was mit dem Begriff „unabhängige Gemeindepolizei“ gemeint ist.

Abstimmung Überweisung der Motion:

Abgelehnt mit 29 Nein zu 9 Ja-Stimmen.

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 11**Gesch. Nr. 190**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:

Motion Urs-Peter Moos, SVP: Mehr Stellenprozente für den Binninger Bannwart

SVP, Urs-Peter Moos ändert den Motionstext wie folgt: „Der Gemeinderat wird beauftragt, den Stellenetat des Binninger Bannwartes auf mindestens 50 Prozent aufzustocken.“

Den zweiten Teil, die Zusatzausbildung des Bannwarts, möchte der Motionär in ein Postulat umwandeln.

Grüne/EVP, Beatrice Büschlen: Ihre Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats und ist für eine Aufstockung des Pensums. Die zusätzliche Arbeitszeit sollte ihrer Meinung nach eher für präventive Aufgaben wie Beratung, Information und Kontaktpflege der Feld-, Wald- und Wiesenbesucher eingesetzt werden. Repression soll an letzter Stelle stehen.

FDP, Peter Heiz: Man findet die Motion unnötig, weil man der Meinung ist, dass der Bannwart das Problem nicht lösen kann. Als besonders stossend empfindet man die Forderung, dass der Bannwart Bussen aussprechen können soll. Damit ist die Fraktion absolut nicht einverstanden. Ihrer Meinung nach ist das Aufgabe der Polizei.

FDP, Markus Ziegler fragt nach der Zulässigkeit einer Aufteilung des Geschäfts Nr. 190 in eine Motion und ein Postulat. Seiner Meinung nach müsste es in diesem Fall zwei Geschäfte mit zwei Nummern geben.

SVP, Urs-Peter Moos berichtet, dass in Allschwil beide Bannwarte die entsprechende Zusatzausbildung absolviert haben und über die Bussen, die sie verteilen, ein ansprechender Betrag in die Gemeindekasse zurückfliesst. Seine Gründe für die Motion sind sowohl wirtschaftliche als auch solche der Effizienz. Er meint, dass eine Motion, so wie von ihm gefordert, aufgeteilt werden kann.

Thomas Hafner: Die CVP-Fraktion unterstützt den Gemeinderat und möchte die Motion in ein Postulat umwandeln.

Markus Ziegler macht U.-P. Moos darauf aufmerksam, dass die FDP immer gegen eine Staatsfinanzierung über Bussen, egal welcher Art, war. Man hat sich auch immer dafür eingesetzt, dass Bussengelder nicht ins Budget kommen.

Jürg Humbel, FDP: Wenn die Motion tatsächlich aufgeteilt werden soll, muss das Ganze neu mit zwei verschiedenen Nummern traktandiert werden.

Vreni Dubi, SP ist auch für eine Erhöhung der Arbeitszeit, doch gegen das Bussenverteilen. Der Bannwart hat das Recht, Fehlbare zu verzeigen.

Für *Urs-Peter Moos, SVP* ist das ganze Bussenprozedere aufwändig und ineffizient. Doch da er möchte, dass es vorwärts geht, hält er am ersten Teil der Motion fest und streicht den zweiten. Dazu wird er zu gegebener Zeit einen separaten Vorstoss einreichen.

FDP, Pascal Treuthardt findet den Job als Bannwart eh' schon unattraktiv und er möchte ihn nicht zusätzlich zu einem schlecht ausgebildeten Möchte-gern-Polizisten machen. Bussen verteilen ist nichts Angenehmes, das soll den Profis – also der Polizei – überlassen werden.

Grüne/EVP, Peter Buess weiss, dass die Stimmung in Allschwil wegen des Bannwarts schlecht ist.

Gemeinderat Bruno Gehrig erklärt das Bussenverfahren: Die Gemeindepolizei hat nur Kompetenz im Bereich Strassenverkehrsgesetz, Bussen auszusprechen. Die anderen Bussen, auch die, die der Bannwart geben möchte, sind Verzeigungen, die beim Gemeinderat landen und im Dreier-Ausschuss behandelt werden.

Der Gemeinderat möchte das Begehren in Form eines Postulats entgegennehmen, weil die Bauern seit einiger Zeit darauf aufmerksam machen, dass der Binninger Bann von unzähligen Menschen

als Naherholungsgebiet genutzt wird und es wünschenswert wäre, wenn sich der Bannwart öfters zeigen könnte. Auch was das Littering betrifft, ist man teilweise auf den Bannwart angewiesen. Eine Umwandlung in ein Postulat macht insofern Sinn, weil das Begehren ohne Budget gar nicht erfüllt werden kann.

Abstimmung Überweisung der Motion mit geändertem Wortlaut:

27 Ja, 10 Nein, 1 Enthaltung

://: Die Motion wird wie folgt geändert und an den Gemeinderat überwiesen: „Der Gemeinderat wird beauftragt, den Stellenetat des Binninger Bannwarts auf mindestens 50 Prozent aufzustocken.“

Traktandum 12

Gesch. Nr. 183

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011:

Motion Grüne/EVP: Budget Einwohnerrat

Eintreten:

FDP, Gerhard Metz: Für seine Fraktion sind die Argumente des Gemeinderats einleuchtend und sie sehen nur Nachteile im Begehren der Grüne/EVP. Es wird auch besonders betont, dass man insbesondere gegen einen elektronischen Versand des Budgets ist. Die FDP ist für Nicht-Überweisung.

Grüne/EVP, Peter Buess: Man hat Verständnis dafür, dass der Zeitdruck, der auf die GRPK zukommen würde, als unangenehm empfunden wird. Bisher liegt der Zeitdruck beim Einwohnerrat und es wäre schön, wenn der Rat davon ein wenig entlastet würde. Die Grüne/EVP ist mit dem Vorschlag des Gemeinderats, das Budget elektronisch zu verschicken, einverstanden und bereit, die Motion entsprechend anzupassen. Selbstverständlich erwartet man die definitive Version weiterhin in der gewohnten papierenen Form.

SVP, Jürg Blaser: Seine Fraktion unterstützt das Anliegen der Grüne/EVP. Man ist der Ansicht, dass die Termine so gelegt werden müssen, dass ein gleichzeitiger Versand an die GRPK- und ER-Mitglieder ohne Abstriche an der Beratungszeit möglich ist. Ausserdem sieht man nicht ein, warum das Budget immer noch extern gedruckt wird. Warum die Zustellung der Unterlagen an den Einwohnerrat einen Einfluss auf die vorbereitende Arbeit der GRPK haben soll, ist für die Partei nicht nachvollziehbar. Den elektronischen Versand des Berichts lehnt sie aus Gründen des Datenschutzes ab.

SP, Vreni Dubi hat ein gewisses Verständnis dafür, dass die Ratsmitglieder die Unterlagen früher erhalten möchten. Sie gibt aber zu bedenken, dass sie mit dem Zeitpunkt des Versandes an alle gleichzeitig öffentlich sind. Ihrer Ansicht nach muss ein Budget zuerst in der GRPK besprochen werden.

FDP, Markus Ziegler: Vreni Dubi's Argument ist für ihn der springende Punkt: Das Budget wäre öffentlich, bevor es die GRPK gesehen hat. Er ist der Meinung, dass dies einen Einfluss auf die Arbeit der GRPK hätte. Es lässt sich über den Wechsel des Systems politisch diskutieren, man muss sich einfach gewahr sein, dass dies ein Paradigmenwechsel bedeutet. Mit dem bisherigen System hat man sehr gute Erfahrungen gemacht. Je nachdem wurden Kompromisse gefunden, bevor das Ganze an die Öffentlichkeit ging. Die Diskussionen können weniger parteipolitisch geführt werden, wenn das Geschäft noch nicht in den Medien ist. Markus Ziegler mutmasst, dass abgesehen von den

GRPK-Mitgliedern nur sehr wenige Ratsmitglieder den Bericht detailliert studieren würden. Den wirklich Interessierten legt er ans Herz, sich bei der GRPK zu beteiligen.

CVP, Silvia Bräutigam: Die CVP ist für Beibehaltung des alten Systems und für Nicht-Überweisung.

Abstimmung Nicht-Überweisung der Motion mit folgendem Text: „Alle Mitglieder des Einwohnerrats erhalten zeitgleich mit den GRPK-Mitgliedern das Budget in elektronischer Form vorgelegt.“

Die Motion wird mit 25 Ja, 4 Nein und 9 Enthaltungen nicht überwiesen.

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 13

Gesch. Nr. 187

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011:

Interpellation Katrin Bartels, CVP: Budget-/Rechnungsvergleich der Binnerer Steuereinnahmen

Frage 1: Wie ist die Qualität der Einnahmeschätzungen in der Gemeinde Binningen in den letzten 10 Jahren ausgedrückt in der Abweichung der Rechnung in % des Budgets?

Gemeinderat Mike Keller:

Die Qualität der Einnahmeschätzungen konnte in den letzten Jahren wesentlich verbessert werden. Betrug der Durchschnitt der Abweichungen in der Periode 2001–2005 noch 15,9 %, konnte er in den Jahren 2006–2010 auf 4,5 % reduziert werden. Zudem gilt es die Struktur des Steuersubstrats in Binningen zu berücksichtigen. Wenige Steuerzahler können ohne Zutun anderer die Abweichung im Prozentpunktbereich (d.h. im Millionenbereich) beeinflussen (was in den letzten Jahren auch passiert ist).

Frage 2: Beim Bund ergeben sich aufgrund der Art der Steuerveranlagung und der Rechnungsführung Verzögerungen des Steuereingangs von rund zwei Jahren auf Entwicklungen der Konjunktur. Der Kanton ist jedoch mit HRM2 dazu übergegangen „true and fair“ zu verbuchen. Unter anderem heisst dies, dass Veränderungen des Steueraufkommens geschätzt und periodengerecht abgegrenzt werden. Die Veränderungen auf Kantonsebene werden mittels eines vom BAK erstellten Modells eingeschätzt.

a) Wie geschehen Schätzungen zu Veränderungen des Steueraufkommens in der Gemeinde Binningen?

M.K.:

Sämtliche Steuerbelastungen, die grösser als CHF 50 000 sind, werden einzeln beurteilt und ggf. angepasst (z.B. Korrektur zukünftiger Steuerbeträge, die auf eine alte definitive Steuerveranlagung zurückgreifen, obwohl in der Zwischenzeit eine neuere (= aktuellere) definitive Veranlagung vorliegt). Es gilt zu beachten, dass die zur Verfügung stehenden Informationen in der Regel spärlich sind (die Veranlagung der VIP's erfolgt in Liestal).

b) Besteht ein direkter regelmässiger Kontakt zu den wichtigsten Steuerzahlern der Gemeinde?

M.K.:

Nein. Es geht nicht an, dass wir Kontakt zu den VIP's aufnehmen und sie in Steuersachen befragen. Die Kontaktaufnahme (Standortgespräche) macht eher bei juristischen Personen Sinn (z.B. Gewerbegebiete in Allschwil oder Reinach).

c) Auf welchen Zeitraum schätzen Sie die Verzögerung zwischen konjunkturellen Veränderungen und den Veränderungen des Steuerertrags in der Gemeinde Binningen?

M.K.:

Der Zeitraum dürfte sich im Rahmen des Bundes bewegen (Verzögerung von rund 2 Jahren). Aufgrund der Struktur der Steuerzahler ist dies jedoch schwer zu beurteilen. Die letzte Krise ging nahezu spurlos an Binningen vorüber.

d) Werden erwartete Veränderungen des Steueraufkommens mittels Jahresabgrenzung erfasst?

M.K.:

Ja. Die erwarteten Veränderungen (vgl. Frage 2a) werden mit einer Abgrenzung berücksichtigt.

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 14

Gesch. Nr. 196

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:

Motion SP: Gemeindeerlasse nur noch in elektronischer Form

Eintreten:

Simone Abt, SP, dankt für die gute Aufnahme. Der Vorstoss ist ein Versuch, den Papierberg zu reduzieren und Kosten zu sparen. Die Verwaltung weist ja darauf hin, dass die Erlasse bei Bedarf selbstverständlich auch in Papierform geliefert würden. Simone Abt beherzigt den Hinweis, dass dies eher ein Postulat als eine Motion ist und wandelt sie hiermit um.

SVP, Susanna Keller: Die Fraktion ist der Meinung, dass die Motion in eine falsche Richtung geht. Die Ordner bestehen bereits und werden bei Austritten an das nachfolgende ER-Mitglied weitergegeben. Man empfindet einen Ordner als übersichtlicher als E-Mails, die ausgedruckt werden müssen. Ausserdem hat man den Eindruck, dass so die Dienstleistungen für den Einwohnerrat abgebaut werden ohne dass betroffene Arbeitspensen reduziert werden.

FDP, Stephan Kaiser hat Verständnis für den formulierten Text und begrüsst die Umwandlung in ein Postulat. Die Fraktionsmitglieder werden individuell abstimmen. Der Gemeinderat hat betreffend Kosten gesagt, dass das Ausdrucken und Versenden von einzelnen Erlassen nicht viel Ersparnis bringt.

Abstimmung Überweisung als Postulat:

(zur Zeit sind 37 ER anwesend)

19 Nein, 14 Ja, 4 Enthaltungen

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 15**Gesch. Nr. 198**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:

Motion Roy Ewald, SVP: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat

SVP, Roy Ewald dankt dem Gemeinderat für den Antrag zur Überweisung der Motion und zeigt nochmals die drei wichtigsten Vorteile einer elektronischen Abstimmungsanlage auf: 1. Es gibt beim Auszählen keine Fehler mehr, da jeder Knopfdruck registriert wird. 2. Die Rückverfolgung ist gewährleistet, da elektronische Protokolle vorliegen. 3. Auf die Stimmenzählenden auf dem Podium kann verzichtet werden und die betreffenden Personen können wieder in der Fraktion sitzen.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP-Fraktion befürwortet die Überweisung an den Gemeinderat. Sie plädiert allerdings für die Umwandlung in ein Postulat. Der Gemeinderat hat in seinem Bericht noch nicht klar dargelegt, ob er Bericht erstatten oder eine Investitionsausgabe zum Beschluss vorlegen will. Falls für eine Überweisung gestimmt wird, bittet die Rednerin den Gemeinderat, mit dem allfälligen Bericht oder dem Investitionskredit zusätzlich folgende Kosten aufzuzeigen: Die Wartung der Hard- und Software, den Stundenansatz der Supportleistungen, Schulungskosten, Anzahl Mitarbeiter, die geschult werden müssen inkl. Arbeitsausfall der Betroffenen.

Vreni Dubi, SP: Sie findet das Anliegen völlig überflüssig. Selbst wenn in einer Sitzung schlecht gezählt wird und zwei- oder dreimal nachgezählt werden muss, kostet das etwa fünf Minuten Sitzungsgelder. Die ganze Anlage kostet mit Sicherheit sehr viel mehr. Sie wird das Geschäft weder als Postulat noch als Motion überweisen.

Stephan Kaiser: Die FDP ist mit der Antwort des Gemeinderats sehr zufrieden. Wenn dieser freiwillig prüfen will, wie teuer eine Abstimmungsanlage zu stehen kommt, darf er das gerne tun. Doch findet sie sein Fazit als Antwort auf die negativen Umfrageergebnissen falsch. Die Motion sollte nicht überwiesen werden. Dabei geht es nicht nur um die Kosten und die Anfälligkeit der Elektronik. Das Ganze muss ja auch noch aufgestellt werden und birgt die Gefahr von Auswüchsen wie der Codierung der Abstimmungen etc.. Aufwand/Ertrag ist nicht ersichtlich, die Fraktion stimmt gegen eine Überweisung.

SP, Traude Rehmann: Als ehemalige Stimmenzählerin findet sie, dass die Probleme mit dem Auszählen nicht allein an den Stimmenzählern, sondern auch an den Ratsmitgliedern liegen. Sie weist darauf hin, dass letztes Jahr Einsparungen beschlossen wurden, die viele Leute empfindlich getroffen haben und ist entschieden dagegen, so viel Geld in etwas derart Unnötiges zu investieren.

FDP, Jürg Humbel empfindet die Disziplin der Ratsmitglieder bei Abstimmungen auch kritikwürdig. Manche stimmen zweimal, andere gar nicht ab, man unterhält sich gleichzeitig und so weiter. Von einem Aspekt der ganzen Sache wurde bisher noch nicht gesprochen: Die Rätinnen/Räte können sich nicht mehr an den emporgereckten Armen ihrer Fraktionsmitglieder orientieren und es wäre sicher spannend, zu sehen, ob jeweils wirklich nach Order der Fraktion abgestimmt würde.

Simone Abt, SP: Sie empfiehlt dem Gemeinderat, keine Motion, sondern ein Postulat entgegenzunehmen. Eine Motion bedeutet, dass die Anlage angeschafft werden muss. Simone Abt findet den Ratsbetrieb in seiner jetzigen Form sympathisch und die Kosten für eine derartige Anlage schlicht zu hoch.

SVP, Urs-Peter Moos ist der Meinung, dass die Anlage nur ein paar Tausend Franken kostet. Bei 40 Anwesenden und jeweils fünf Minuten Verzögerung bei mehreren Geschäften pro Sitzung wäre sie schnell amortisiert. Ein wesentlicher Pluspunkt ist für ihn die Transparenz. Dank der elektronischen Protokolle kann nachgeprüft werden, wer wie abgestimmt hat. So kann aufgedeckt werden, wer vor den Wahlen grossartige Versprechen abgegeben hat und diese dann während der Legislatur nicht einhält.

Katrin Bartels, CVP, bezieht sich auf die Aussage von Simone Abt betreffend Verbindlichkeit der Motion. Der Gemeinderat muss ja nur einen Vorschlag unterbreiten, dann findet die Diskussion im Einwohnerrat statt. Für sie macht es keinen grossen Unterschied, ob über das Resultat der Überprüfung eines Postulats oder über eine Kreditvorlage bei einer Motion diskutiert wird. Am Schluss ist es immer ein Entscheid des Einwohnerrats. Eigentlich müsste man Fakten betreffend Kosten und Aufwand/Nutzen kennen um entscheiden zu können.

Seine Parteikollegin spricht *Thomas Hafner* aus dem Herzen. Die Motion soll in ein Postulat umgewandelt werden und wenn die Fakten auf dem Tisch sind, kann entschieden werden. Er bezweifelt, dass eine Abstimmungsanlage nur ein paar Tausend Franken kostet.

SVP, Roy Ewald: Niemand muss geschult werden, um auf einem kleinen Kästchen den richtigen Knopf zu drücken. Diese funktionieren per Funk und der Motionär kann sich nicht vorstellen, dass diese zukunftsweisende Technologie nicht Einzug in diesen Rat halten soll.

Grüne/EVP, Rahel Bänziger ist nicht damit einverstanden, dass ein Postulat und eine Motion quasi das Gleiche sein sollen. Ihre Fraktion ist dafür, vorerst zu prüfen und zu berichten, also für eine Überweisung als Postulat.

Markus Ziegler, FDP: Seine Fraktion kann einer Überweisung als Postulat zustimmen, als Motion wird sie abgelehnt.

Roy Ewald, SVP, stimmt der Umwandlung in ein Postulat zu.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats:

21 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 16

Gesch. Nr. 200

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:

Postulat Katrin Bartels, CVP: Fit für Expats

Eintreten:

Sven Inäbnit, FDP: Um die Expats gibt es in letzter Zeit einen regelrechten Hype. Bei allem Ringen um diese Steuereinnahmen darf der gesellschaftliche Aspekt nicht ausser Acht gelassen werden: Man stellt fest, dass sich zwischen der „Expats-Community“ und der lokalen Gesellschaft eine Lücke auftut. Die Verankerung und das Mittragen von Verantwortung auf lokaler Ebene sind meistens gering. Diesen Gedanken möchte die Fraktion bei der Expats-Diskussion ins Spiel bringen. Die Einschätzung des Gemeinderats deckt sich mit den Erfahrungen verschiedener Fraktionsmitglieder in diversen Unternehmen. Die vorteilhafte Lage und das attraktive Wohnangebot Binnings sind Nachfragetreiber. Zudem gehen die Kontakte zu den Expats praktisch immer über Stellen der Firmen, die lokal verankert sind und die Gegebenheiten kennen. Die Expats suchen in den seltensten Fälle selber eine Bleibe oder wollen sich tiefer informieren. Da das Postulat in einer einfachen Form, so, wie es der Gemeinderat vorschlägt, erfüllt werden kann, stemmt sich die FDP nicht dagegen. Für sie stellt sich die Grundsatzfrage, wie weit Binningen eine Expats-Community in der Gemeinde verankern will.

Patricia Kaiser, SP: Die SP ist weder dagegen noch hell begeistert. Was ihr Vorredner ausgeführt hat, ist auch ihre Meinung. Sie findet, es dürfte eine zweite Landessprache vor einer anderen kommen. Ausserdem fragt man sich, warum bei den Privilegierten auf Integration verzichtet und dagegen von jeder türkischen Putzfrau verlangt wird, dass sie zehn Deutschkurse besucht. Trotz einiger offenen Fragen, kann die Mehrheit einem Postulat zustimmen.

Christoph Anliker: In den Augen der SVP funktioniert Integration so, dass Menschen, die zu uns kommen, sich uns anpassen sollen. Der Antwort des Gemeinderats kann man entnehmen, dass die Expats gut betreut sind und der Redner weiss, dass sie mehr oder weniger abgeschottet sind. Die wenigsten interessiert das lokale Geschehen. Seiner Ansicht nach soll für diese Leute nicht der rote Teppich ausgerollt werden, weil sie mehr Steuereinnahmen generieren. Der Aufwand für die Anpassung der Website und die eventuell notwendige Schulung der Ansprechperson dürfte diese Mehreinnahmen gleich wieder wettmachen. Die SVP findet das Postulat unnötig und für Binningen uninteressant.

SVP, Urs-Peter Moos fragt den Gemeinderat, ob es bereits Schätzungen über die Kosten einer allfälligen Übersetzung von Teilen der Homepage auf Französisch und Englisch gibt.

FDP, Sven Inäbnit möchte klarstellen, dass die FDP die Expats nicht nur als Steuerzahler betrachtet. Die lokale Wirtschaft ist auf sie angewiesen und ihr Fernbleiben würde Nachteile in der Standortfrage der Unternehmen mit sich bringen. Wir brauchen diese Leute, denn gesunde Unternehmen sind essentiell für unsere Region und uns alle.

Das ist *Christoph Anliker, SVP*, auch klar, er wehrt sich nur dagegen, dass bereits Betreute noch mehr betreut werden.

Gemeindepräsident Charles Simon stimmt dem zweiten Votum von Sven Inäbnit zu. Die Nordwestschweiz ist ein wichtiger Standort der sogenannten Life-Science-Unternehmen und die meisten Expats arbeiten in diesen Betrieben. Das ist gut für uns und unseren Wohlstand. Für das Aufschalten von wichtigen Informationen auf der Homepage braucht es eine professionelle Übersetzung, deren Kosten aber noch nicht abgeklärt wurden. Es geht nicht darum, täglich die neuesten Nachrichten zu übersetzen, sondern um Basisinformationen zur Gemeinde – im Sinne einer „Willkommenseite“.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Was die gesellschaftspolitischen Aspekte betrifft, können sich die Grüne/EVP der Meinung der FDP und der SP anschliessen. Das Postulat verlangt auch das Fit-Machen des Verwaltungspersonals, was sich die Rednerin nicht einfach vorstellt. Firmen wie Novartis und Roche haben das viel grössere Interesse, die Expats zu akquirieren und zu halten als Binningen, das ein wenig von Steuermehreinnahmen profitiert. Im Gegensatz zu anderen ausländischen Bevölkerungsgruppen sind diese Leute von A bis Z betreut und sehr privilegiert. Weil andere eine bessere Betreuung viel nötiger hätten, lehnt die Fraktion das Postulat ab.

CVP, Katrin Bartels: Die von ihr erwähnte Studie zeigt auf, dass die Leute in der Regel viel länger hier sind als bisher angenommen wurde, und dass deshalb eine bessere Integration von beiden Seiten gewünscht wird und möglich ist. Die Postulantin verlangt nicht die Schulung von Verwaltungsangestellten, sondern das Abklären von Möglichkeiten, wie die Forderung erfüllt werden kann.

SVP, Urs-Peter Moos dankt Charles Simon für die offene Antwort betreffend Kosten. Für ihn ist klar, dass der Aufwand und die damit verbundenen Kosten beträchtlich sind. Er stellt fest, dass der Gemeinderat in seiner Stellungnahme keinerlei Angaben darüber macht, um wie viele Personen es jährlich geht.

Gemeindepräsident Charles Simon weiss es nicht, doch falls das Postulat überwiesen wird, lässt sich das herausfinden.

Markus Ziegler, FDP: Er ist aus einem Grundgedanken für die Überweisung des Postulats: Es geht um Standortpolitik. In der Vergangenheit wurde viel über Standortförderung gesprochen. Binningen

hat weder Produktionsstätten noch Fabriken. Es kann mit kleinen Sachen wie diesem Postulat zur Attraktivität des Standorts Oberrhein/Basel beitragen. Markus Ziegler fände es gefährlich, das Postulat aus wirtschaftspolitischen Gründen abzulehnen, denn Binningen ist ein Teil des Mosaiks „Standort Basel“ und hat gute Wohnqualität anzubieten. Die Erfüllung des Postulats bedeutet ja nicht, dass Millionen für die Ausarbeitung irgendwelcher Programme ausgegeben werden. Eventuell wären sowieso eher die Firmen die Ansprechpersonen als die Expats. Er möchte das Postulat im Sinne eines Zeichens, dass Binningen den Standort Basel stützen will, überweisen.

Abstimmung Überweisung des Postulats:

19 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 17

Gesch. Nr. 181

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:

Motion Grüne/EVP: Aufwertung des Werkhofs Binningen

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 30. Januar 2012 traktandiert.

Traktandum 18

Gesch. Nr. 182

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:

Interpellation Grüne/EVP: Förderung umweltverträglicher Verkehr

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 30. Januar 2012 traktandiert.

Der Präsident, Christian Schaub, schliesst die Sitzung.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am Montag, 30. Januar 2012, 19.30 Uhr, statt.